



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Verantwortlichkeiten für Minderheiten bei der Europäischen Kommission verbindlich regeln, europäische Bürgerinitiative unterstützen und Arbeit der FUEV in Schleswig-Holstein sichern

– Der Landtag wolle beschließen:

Die Europäische Union hat sich in ihrer Grundrechtecharta zum Schutz nationaler Minderheiten verpflichtet. Die Achtung und der Schutz von Minderheiten ist zudem Teil der Kopenhagener Kriterien, die für einen Beitritt zur EU zu erfüllen sind. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene verschiedene Initiativen ergriffen, um Minderheiten wirkungsvoll zu schützen und zu fördern.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten zu schaffen, die für die Durchsetzung dieser zugesagten Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Wahrung der kulturellen Vielfalt in der Union sorgen. Es ist notwendig, dass die Europäische Kommission sich mit den Rechten und dem Schutz von Minderheiten auseinandersetzt und institutionalisiert befasst.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Arbeit der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) in Schleswig-Holstein zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass der Hauptsitz der FUEV auch zukünftig in Flensburg gesichert ist.

Der Landtag begrüßt und unterstützt trotz der Ablehnung der Europäischen Kommission vom 13.09.2013 weiterhin die FUEV mit ihrer „Minority Safepack Initiative“, die erste europäische Bürgerinitiative, die Minderheitenschutz zum Inhalt und Ziel hat.

Begründung:

In Europa sind ca. 100 Mio. Menschen Mitglied autochthoner Minderheiten und Volksgruppen, damit ist jeder 7. EU-Bürger Angehöriger einer Minderheit. Die Instrumente der Minderheitenpolitik in Europa müssen mit mehr Nachdruck eingesetzt und die Initiativen umgesetzt werden, um die Anerkennung und die Rechte von Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten einzufordern und durchzusetzen. Aus europäischer Perspektive können die Minderheiten in Schleswig-Holstein zusammen mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig ihre Erfahrungen und ihre Organisationskraft einbringen, und so zu einer erfolgreichen Minderheitenpolitik auf EU-Ebene beitragen.

Birte Pauls
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW